

Schuld, weil heimtlich von oben aus dem Volkstum herab einen Stuhl gegen die Kommunisten, die sich um den Genossen Nied gekümmert hatten. Es begann eine wilde Schlacht, in der sich die Kommunisten gegen die Uebermacht verteidigten und die Sicherung unseres Redners durchführten.

Der Kampf ging mit Stühlen, Wassergläsern, Tintenfassern und herausgeworfenen Schuhen vor sich. Durch das feige Hin- und Herlaufen der SPD-Abgeordneten konnten die Nazis unsere Genossen auch von der Seite angreifen.

Einige Kommunisten erlitten erhebliche Kopfverletzungen. Die Nazis hatten ebenfalls mehrere Verletzte. Ein Stenograph des Landtages soll schwer verletzt sein.

Dem SPD-Abgeordneten Jürgensen, der zufällig in den Kampf geriet, wurde von den Nazis der Kiefer geschnitten, so daß er blutüberströmt ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Schamlose Erklärung der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion des Preussischen Landtages veröffentlichte eine schamlose Erklärung, daß die Schuld an den Zusammenstößen „im gleichen (!) Maße“ Nazis und Kommunisten hätten. Wir hängen diese Erklärung, die nichts anderes als eine Entlastung für die planmäßigen Provokationen der Nazis darstellt, niedriger und geben die sozialdemokratischen Helfer der Nazis der Beachtung aller ehrlichen Arbeiter preis.

Rundgebung der Dresdner Arbeiter

Genosse Nädig spricht in den Blumenäulen. 33 Arbeiter aus der Kirche ausgetreten. Genosse Seibmann in einer Massendemonstration der Leipziger Arbeiter

Weitern sprach der Genosse Nädig vor der Dresdner Arbeiterfront in den Blumenäulen. Die Arbeiter der Altstadt marschierten geschlossen zur Kundgebung. In der Nähe des Versammlungsortes wurden die Demonstrationen durch Nationalsozialisten provoziert. Der proletarische Disziplin unter Genossen ist es zu verdanken, daß es nicht zu weiteren Zusammenstößen kam. Eine starke antisozialistische Selbstbildung war im Versammlungsort verteilt, und den anwesenden Nationalsozialisten wird die Last am Hals aufgehoben worden sein.

Eine Resolution, die sich gegen das Verbot der proletarischen Freiheitsorganisationen richtet, wurde einstimmig angenommen. Gleichzeitig erklärten sich 33 Arbeiter unterzeichnet bereit, aus der Kirche auszutreten. Die Nazis, wie immer feig, triffen in der Diskussion. Ein Reichsbannerarbeiter ergreift das Wort. Er verurteilt die feigen Provokationen der Nationalsozialisten, die unter dem Reichsbanner ein Blutbad anrichteten, und die Schmach, die den Nazis mit milden

Japans Generalstab nähert sich der russischen Grenze

Die Schlacht bei Charbin

Japans strategischer Aufmarsch gegen die Sowjetunion. Ueber die Vernichtung chinesischer Freischaren zum Angriff auf die Sowjetgrenzen

Die amerikanische Agentur United Press meldet unter dem 24. Mai aus Charbin:

Eine heilige Schlacht tobte zur Zeit unweit von Charbin am jenseitigen Ufer des Sungarflusses. Dampfer, die heute morgen ausliefen, wurden durch das andauernde Geschützfeuer zur Umkehr gezwungen. Lange Artilleriebomben, Tankgeschwader und Flugzeuge gehen nach der Kampfbahn ab. Unschinend soll ein vernichtender Schlag gegen die chinesischen Freischaren geführt werden. Auch die Verbindung mit Wladivostok ist abgebrochen.

Die imperialistischen Truppengeneräle Japans wollen mit dieser Schlacht die autonomen chinesischen Arbeiter und Bauern, ihre revolutionären Truppen zurückdrängen, um alle Wege für den weiter in harter Konzentration vor sich gehenden Truppentransport nach der russischen Grenze freizubekommen und das für die gefährliche Hinterland laubern. Aber noch triftigere Gründe liegen für diese Schlacht vor, die in einer Meldung zum

Ausdruck kommen und den ganzen Ernst der Situation klarstellen. Diese vom WTB verbreitete Meldung lautet:

„Charbin, 23. Mai. General Honjo ist heute mit seinem Stab von Harbin hier angekommen. Die japanischen Truppen nähern sich der russischen Grenze. Die Verlegung des japanischen Hauptquartiers von der Südmandschurei nach Charbin wird hier lebhaft erörtert.“

Die Japaner schieben also bereits ihren Generalstab weiter in Richtung auf Sowjetrußland vor. Von Charbin wird er den Truppen vorwärts nach weiter beschleunigen können und die Konzentration der Armee längs der Grenze schneller durchzuführen können. Selbst die kapitalistische Zeitung, das Berliner Tageblatt, muß in diesem Zusammenhang den Ernst der Lage signalisieren. Es schreibt:

„Die lafonische Verkündung des Telegramms, daß sich die japanischen Truppen der russischen Grenze nähern, gibt allem, die politisch zu denken vermögen, ein richtiges Bild von der gefährlichen Situation. Sie zeigt aber auch deutlich, auf welcher Seite die Verantwortung für die etwa bevorstehende Vernichtung zu suchen sein wird.“

Parallel mit dieser Meldung gehen die Nachrichten über den stärksten Kriegspotential in Europa, vor allen Dingen in Deutschland.

Japanische Kommission macht Kriegsbestellungen

Arbeiterkorrespondenten teilen der Hamburger Volkszeitung mit:

In den Deliverten der Firma Rheinania-Ollag in Harburg-Wilhelmsburg erschien eine aus drei Personen bestehende japanische Prüfungs-Kommission, die den Betrieb besichtigte und größere Bestellungen aufgab. In den letzten Tagen sind insgesamt 100 Tsd Turbinenteile mit dem Bestimmungsort Kobe, dem japanischen Kriegshafen, abgegangen.

Explosivstoffe für Japan

Die Arbeiterkorrespondenten berichten, wurden auf der Schachtanlage „Kalkwerk“ in Dortmund bis jetzt eine Million zweihunderttausend Kilo Ammoniak zur Sprengstoffherstellung nach Japan geliefert. Alle in der letzten Woche gingen 100.000 Kilo für Japan bestimmtes Ammoniak nach Hongkong. Das gelieferte Ammoniak enthält 26,6 Prozent Stickstoff und hat eine außerordentlich große Explosivkraft.

Auch andere Chemie- und Kokserebetriebe des Ruhrgebietes arbeiten mit Vollkraft an der Produktion kriegswirtschaftlicher Erzeugnisse. Also Schlieben und Homberg wird die Herstellung von Thallium für Japan gemeldet. Die Rüstungswerke in Göttingen erhalten Aufträge von Japan auf viele Wagners Ammoniat.

Angesichts dieser gesteigerten Kriegsproduktion für den japanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion muß die gesamte Arbeiterfront von den Vorbereitungen zur entschlossenen und zur Verhinderung der Kriegsvorbereitungen durch Streiks abgehen.

Sturmführer der aufgelösten SA kommt zur SPD

Am 23. Mai sprach der ehemalige Obersturmführer, Genosse Friedrich, vor zahlreich erschienenen Nazis und SPD-Mitgliedern in Harburg über das Thema: „Wollen die Nazis die SPD zerstören?“

Die Nazis hatten sich sehr gut auf die Versammlung vorbereitet. Schon der ehemalige SA-Führer Klingel mit dem Namen, der für seine Partei den Vortragsort wählte. Dabei hat er sich auf ein Aussehen Wollmanns, aber er übertrug die Ausführungen des Redneren. Als Friedrich in Schlußwort darauf hinwies, wählte Klingel mit 20 Gesten unter dem Hohnschrei der Anwesenden den Saal.

Am Schluß der Versammlung rief sich der ehemalige Sturmführer aus Adern das Halbesand herunter und erklärte, daß er seinen Eintritt in die SPD. Er ist jetzt überzeugt, daß kein Platz dort ist, nicht in der Korruptionspartei Hitlers. Die weiteren ehemaligen SA-Leute folgten seinem Beispiel. Wir begrüßen die Genossen in der Sturmfront des revolutionären Proletariats.

Strafen entgegenkommt. Weiter beachtete er auch schärfste das politische Verhalten des Reichsbannergenerals Hause.

Mit einem Appell an die Dresdner Arbeiterfront, unter der roten Einheitsfront dem drohenden imperialistischen Krieg entgegenzutreten und den sozialistischen Aufbau der russischen Arbeiter und Bauern zu schützen und zu verteidigen, wurde die Kundgebung geschlossen.

4000 in der Seibmannkundgebung

In einer von weit über 4000 Personen besuchten Kundgebung im Leipziger Zoo sprach der Gen. Fritz Seibmann, Mitglied des Preussischen Landtages, von den Anwesenden kühnlich begrüßt. Er stellte fest, daß trotz der Anfeindungen der Nazis, Studentenkongress es vorgezogen hätte, nicht zu erscheinen. Die Nazis haben in der ersten Sitzung des Preussischen Landtages eine geradezu erbärmliche Rolle gespielt.

Parlamentarisches Zwischenspiel

Vollzeipräsidenten vor dem Untersuchungsausschuß des Sächsischen Landtages

Im Anschluß an die Behandlung kommunistischer und sozialdemokratischer Anträge über das Verhalten der Polizei während der Präsidentenwahl und bei der Durchführung des SA-Verbotes, hatte der Landtag beschlossen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der das jahrelange vorgeschobene Behauptungsmaterial nachprüfen soll.

Zu der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung dieses Ausschusses waren die drei sächsischen Vollzeipräsidenten Schwammfrug aus Chemnitz, Fleischer aus Leipzig und Hallig aus Dresden geladen, die als Zeugen vernommen wurden. Der Dresdner Präsident ließ sich durch seinen Regierungsrat Dr. Hiltner vertreten, weil er sich selbst im Lazarett Wiesbaden aufhält.

In dieser Sitzung handelte es sich um die Verhaftung der Vollzeipräsidenten über die Handhabung der Reichsregierung und Beantragung von Wahlmaterial während der Präsidentenwahl und des roten Volksrechtes, über die Zustimmung der Parteien und über die Durchführung des SA-Verbotes.

Der Chemnitzer Vollzeipräsident Schwammfrug war zwar mit einem biden Aktenpaket im Auschuß erschienen, konnte aber zu den einzelnen kontroversen Fragen nichts Bestimmtes sagen. Aus seiner Vernehmung erahnt man aber einwandfrei, daß das Chemnitzer Vollzeipräsidentium eine Reihe von Beamtendungen und Korrekturen von Aktenblättern und Protokollen willkürlich durchgeführt hat, und es konnte in keiner Hinsicht ausreichende Gründe für die Maßnahmen angeben. Selbst nach dem behaupteten Standpunkt kann er nur das Verbot für Hindenburgs Amtsurkunde begründen, während er sich bei allen anderen Maßnahmen damit herausredet, daß keine Behörde „die Parteien gleichermäßen behandeln“ wollte.

Mit viel Wenn und Aber redet Schwammfrug um die Dinge herum, als ihm vom Auschuß eine Reihe von peinlichen Fragen anlässlich der Hiltnerkundgebung in Chemnitz gestellt werden. Auf den Vorhalt, daß sich der Vollzeipräsident Seibmann am Tage einer Hiltnerkundgebung vom Dienst beurlauben ließ, um in Anlaß an der Hiltnerkundgebung teilzunehmen, kann das Schwammfrug nicht beitreten, daß es aber „für ausgeschlossen“.

Warum bei den Nazis nichts gefunden wird!

Noch unangenehmer wird für ihn die Situation bei der Vernehmung über die Durchführung des SA-Verbotes. Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, daß seine Vollzeipräkte nach dem ergangenen Verbot zu einem Kontext der Nazis bearbeitet wurden, um das Material der verbotenen SA zu beschlagnahmen, aber vor der Tür stehen bleiben mußten, während die Offiziere das Material aufsuchten, um nach einer halben Stunde zu erklären, es sei nichts gefunden worden, erklärte Schwammfrug:

„Dieser Vorfall muß ein wenig humoristisch an. Wir haben den Hiltnerpalast zerstört, gingen nach Schluß des Kongresses hinein, um die Instrumente der SA-Kapelle zu beschlagnahmen. Aber als wir eingetreten wollten, waren die Instrumente wie vom Erdboden verschwunden. Sie wurden auch nicht gefunden.“

(Und dabei konnte sich Herr Schwammfrug eines Wächters nicht erwehren.)

Genosse Endermann stellte in Ergänzung der Dinge die Frage, ob denn Herr Schwammfrug nichts davon weiß, daß den Offizieren von ihrer Blauschicht gemeldet worden ist, daß die Instrumente im Keller verstaubt worden seien, daß trotzdem keine Durchsuchung vorgenommen worden ist.

Der Schwammfrug wehrt natürlich von nichts und kann sich in Einzelheiten auch auf andere Vorwürfe nicht einlassen. Seine Vernehmung ist überhaupt ein Charakterstudium, wie die letzten Verwaltungsbereiche der sächsischen Vollzeipräsidenten parlamentarische Untersuchungsausschüsse bewerten, in denen sie ihre unverschämte Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß sie ihnen nicht gelingen ist, Material der „verbotenen“ SA zu finden.

Das Bild verlor sich ein wenig, als der sozialdemokratische Vollzeipräsident Nädig, der Herr Fleischer, an die Reihe kam. Bei seiner Vernehmung zeigte es sich, daß dies ein politischer Funktionär des kapitalistischen Staatsapparates keine Aussagen machte, die, ungeglaubt nach allen Seiten, jede Fest-

legung ausschließen. Der Reichsbannerarbeiter Kemnade, von vornherein auf verlorenem Posten stehend, ließ sich in ein Intermezzo mit dem viel perfidieren Reichsbanner, wobei er sich und seine Partei hauptsächlich als die Knochen blamierte. Natürlich hat Herr Fleischer als parlamentarischer Beamter der Republik, seinen Dienst in absoluter „parteiloser Neutralität“ erfüllt. Und das genügt wohl.

Als letzter gab dann der politische Kommissar, der Dresdner Präsident Nädig eine Gattrolle für seinen Ober. Er wehrt nichts rechtes zu sagen und auch in seinem Dienstbereich als Regierungsrat im Dresdner Präsidium „recht natürlich alles in bester Ordnung“.

Die Vernehmung über wesentliche wichtige Punkte steht noch bevor. Aber die Arbeiter sollen sich keiner Illusion hingeben. Auch die späteren Verhandlungen dieses parlamentarischen Untersuchungsausschusses werden wie das Harburger Schicksal verlaufen. Erst die in außerparlamentarischen Kämpfen begreifbare Arbeiterfront wird diese Funktionen des kapitalistischen Staates zur vollen Verantwortung ziehen.

Hubfeld, Geithennersdorf, stillgelegt

Voriges Jahr wurde die Weisfirma Hubfeld-Gebr. Zimmermann in Geithennersdorf durch die Gemeinde und den Staat Sachsen mit 150.000 Mark subventioniert. Angeblich sollten dadurch 100 Arbeiter wieder beschäftigt werden. Die SPD machte große Reklame und die Kommunisten wurden wegen Widerstands für 3 Monate ausgeschlossen. Jetzt wird der Betrieb, der nur noch 40 Arbeiter beschäftigt, vollständig geschlossen.

Leipziger Reichsbannerarbeiter beenden Mitgliederversammlung durch

Hochrufe auf die rote Front

60 Reichsbannerproleten verlassen unter Protest gegen Hiltnermann-Bürokratie die Mitgliederversammlung

Leipzig, 25. Mai (Eig. Meldung)

Der Bundesführer des Reichsbanners, Hiltnermann, gab am Sonntag auf der Konferenz des Gau-Sachsen-Strom-Nord-Sachsen bekannt, daß sich die Reichsbannerführung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Arbeitsdienpflicht einsetzen wird.

Anders denken die Leipziger Reichsbannerarbeiter. Am Montagabend war im „Goldenen Stern“ in Leipzig-Mühlberg eine Mitgliederversammlung des Reichsbanners angelegt. Der Versammlung gab keine Tagesordnung bekannt, man wollte dem Redner einen gezielten Vortrag halten lassen. Hier legte bereits ein Sturm der Entrüstung ein. Der übergroße Teil der versammelten Reichsbannerproleten verlangte, daß sofort die Geschäftsordnung ausgedehnt werden sollte. Als weiterer Punkt sollten zur Beratung stehen die Forderungen einzelner Abteilungen, in denen Resolutionen gefaßt werden wollen, die sich inhaltlich mit aller Schärfe gegen die von der Reichsbannerbürokratie beschlossene Arbeitsdienpflicht richteten.

Darauf gab der Vorsitzende bekannt, daß man das nicht machen könne, weil ein Teil der jungen Kameraden zeitig nach Hause müßte. (Gelächter und Protest.) Weiter teilte der Vorsitzende mit,

daß es unzulässig wäre, im Reichsbanner-Resolutionen gegen den Bundesvorstand zu fassen.

Darauf legte ein ungeheurer Tumult ein und über 60 Reichsbannerproleten (weit über die Hälfte der Versammlungsgesamtheit) verließen unter kühnlichen Protestrufen und einem Hochruf auf die rote Front den Versammlungssaal. Auf der Straße diskutierten die Reichsbannerarbeiter mit anderen Genossen die eine rote-Front-Versammlung im „Goldenen Stern“ hatten. Sie gaben anderen Genossen ganz klar zu erkennen, daß sie mit dieser jetzt eingeläuteten Vergewaltigungspolitik Schluß machen, daß keine Beschlüsse von ihrer Handstellung machen liegen.

Roter Betriebsrat vom Dresdner Ellwert gemahregelt

Am Mittwoch wurde der Genosse Schmidt, roter Betriebsrat der Ellwert, im Ellwert-Neuland (Ella) entlassen. Im Grund wird „beharrliche Arbeitsverweigerung“ angekreidet. Die Ellwert-Fabrik handelt es sich aber um eine offensichtlich politische Stellung des Genossen Schmidt, dessen Verhaftung die Interessen der Arbeiter schon wiederholt zu Jahresbeginn mit dem Streik der Dresdner Ellwert geführt hatte.

Die Beschlüsse bei der Ellwert müssen es als ihre Pflicht betrachten, gegen diese Verhaftung zu protestieren und die Wiederaufstellung des Genossen Schmidt durchzusetzen.